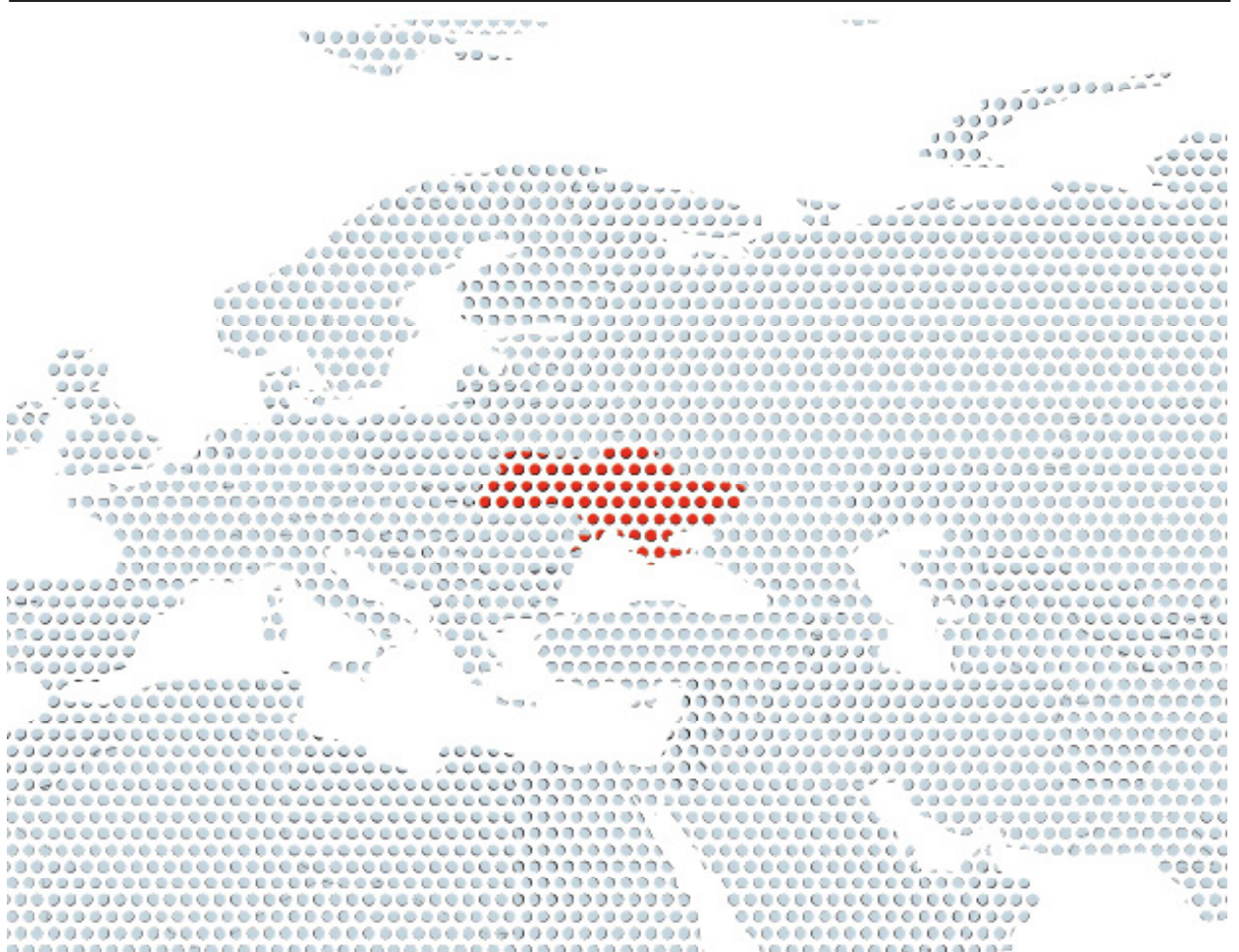


Ukraine

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	27
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	29
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	33

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in der Ukraine

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine ist traditionell eher gering. Unterstützung erhält sie derzeit vor allem durch die USA, auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten. Die Ukraine befindet sich zudem selbst unter den zehn größten Rüstungsexporteurern weltweit und beliefert zahlreiche Staaten.

Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist gut entwickelt. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf.

Die ukrainischen Streitkräfte befanden sich in einer Phase der Transformation, während der die Zahl der Soldaten von 200.000 auf etwa 130.000 reduziert werden sollte. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und insbesondere durch den militärischen Kampf gegen die Separatisten im Osten der Ukraine.

Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion.

Zu Sowjetzeiten galt das ukrainische Militär als Verteidiger der Nation und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990, stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates und als Element des „nation-buildings“ zu nutzen.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes ist die allgemeine Wehrpflicht von 12 Monaten (Heer und Luftwaffe) bzw. 18 Monaten (Marine) für alle Männer zwischen 18 und 25 Jahren. Es besteht ebenfalls die Möglichkeit freiwilligen Wehrdienst abzuleisten, in dem insbesondere Frauen für untere, schlecht bezahlte Ränge dienen. Viele führen Defizite an Ausbildung und Identifikation mit der Armee als vaterländischer Institution auf die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte zurück. Dies hält auch viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Insgesamt ist das allgemeine Interesse am Militär eher gering ist. Doch auch wenn Militär und Gesellschaft stark getrennt sind, ist das Vertrauen in das Militär traditionell hoch.

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: die Kriminalpolizei, die „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. Im Sommer 2015 wurde zudem im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2000 Polizisten gebildet, die seitdem am Maidan eingesetzt wird und die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Die Ukraine ist allen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügt hingegen noch immer über ein Arsenal an Streubomben und betrachtet diese als legitime Waffe. Daher steht das Land einer Ratifizierung eines vollständigen Verbots kritisch gegenüber, ist allerdings bestrebt im Rahmen der Vereinten Nationen, also im Kontext des internationalen humanitären Völkerrechts, ihren Gebrauch besser zu regulieren.

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Seit 2011 kommt die Organisation Freedom House jedoch nur noch zu der Gesamtbewertung „teilweise frei“ und nicht wie in den Vorjahren „frei“. Einschränkungen betrafen nach der Wahl Präsident Janukowitschs 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner unter Janukowitschs Regierung verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Während die Pressefreiheit lange Zeit geachtet wurde und die Regierung nicht im großen Stil versucht hat, die Medien zu kontrollieren, ist die Pressefreiheit seit der Präsidentschaftswahl im Februar 2010 systematisch eingeschränkt worden.

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine bis zum Beginn der Proteste 2013 gab es keine bewaffneten internen Konflikte. Zwar existierten ethnische Spannungen in der Krimregion zwischen der ukrainischen Bevölkerung und der russisch geprägten Bevölkerung sowie ein politischer Konflikt zwischen prowestlichen und prorussischen Fraktionen der politischen Elite. Doch erst seit November 2013 resultierten diese Spannungen in gewaltsamen Ausbrüchen. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 rissen pro-russische Separatisten in einigen Gebieten der Ost-Ukraine die Macht an sich und riefen unterstützt von russischen Staatsangehörigen die „Volksrepublik Donezk“ und die „Volksrepublik Luhansk“ aus. Bis heute kommt es zu Auseinandersetzungen.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität (insbesondere Menschenhandel) stellt jedoch ein großes Problem dar.

Die Ukraine übermittelt Angaben im Rahmen des UN-Waffenregisters zu Rüstungsimporten und –exporten, gibt jedoch keine Informationen im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben an die UN weiter.

Wirtschaftlich ist die Ukraine recht instabil. Bereits im Februar 2014 drohte ein Staatsbankrott. Auch 2015 ging die Wirtschaftsleistung deutlich zurück. 2016 war erstmals wieder ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent zu verzeichnen. Für 2017 wird im Falle einer sich weiterhin beruhigenden Lage mit einem Anstieg von drei Prozent gerechnet. Es besteht ein Risiko, dass die hohen Militärausgaben zu Lasten anderer Bereiche, etwa bei der Bildung oder der Gesundheit, gehen.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd.- und Sportwaffen: 77,9%; Funkgeräte: 12,5%	2,05
2000	Sport.- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver: 88,5%	1,56
2001	Sport.- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 87,1%	1,13
2002	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Waffenzielgeräte: 70,3%; Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz) und Munition für Flinten: 21%	1,59
2003	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 84,1%; Munition für Jagd- und Sportwaffen, Revolver und Pistolen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen: 10,5%	1,93
2004	Sport- und Jagdgewehre, Waffenzielgeräte für Sport- und Jagdwaffen, inkl. Teile: 87,7%	2,3
2005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51%; Geländewagen und Teile für Radfahrzeuge: 22,9%; Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver und Pistolen: 15,5%	1,96
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 61,2%; Geländewagen: 28,3%	3,68
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 66,1%; Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 17,5%	3,66
2008	Infrarot-Beobachtungssysteme: 69,9%; Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen und Teile für Maschinengewehre (Deko), Jagdgewehre, Sportgewehre: 19,9%	14,94
2009	Überwachungssysteme und Teile für Überwachungssysteme: 85,2%	15,68
2010	Pistole, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinte, Ladestreifen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 56,2%; Geländewagen mit Sonderschutz: 32,0%	3,57
2011	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, funktionsunfähige Waffen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 50,0 % Geländewagen mit Sonderschutz: 31,9 %	3,69
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 58,1 %	4,97

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Pistolen, Revolver, Flinten und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Flintenmunition: 19,8 % Geländewagen mit Sonderschutz: 12,3 %	
2013	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 61,8 % Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 31,4 %	4,82
2014	Helme, ballistische Schutzwesten und Einschübe für Schutzwesten: 94,1%	25,40
2015	Stromerzeuger für eine Korvette: 79,9% Multisensorplattform zur Seeüberwachung: 16,3%	5,82
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,2% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 15,0%	2,58

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

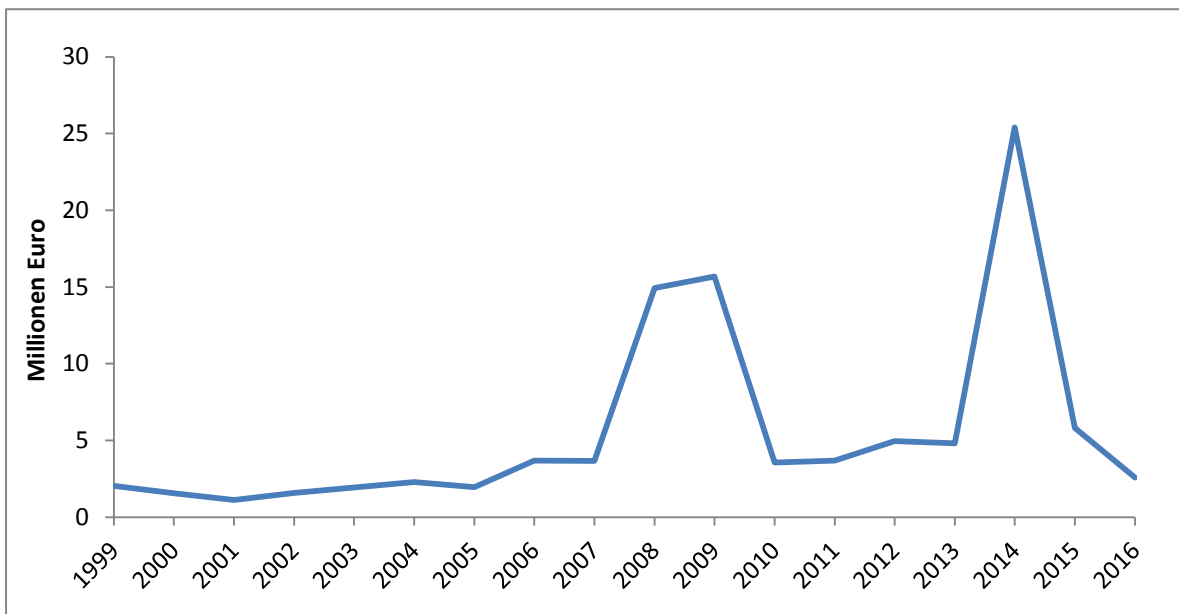


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Ukraine 2000-2016

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2016 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an die Ukraine geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für Ukraine ist traditionell eher gering. Seit 2005 kam es jedoch zu einem Anstieg der Exportvolumina. So lässt sich der Antwort der Bundesregierung (18/863) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im März 2014 entnehmen, dass zwischen 2005 und 2012 knapp 1.300 Ausfuhrgenehmigungen für genehmigungspflichtige Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von rund 52 Millionen erteilt worden sind. Der Anstieg ist dabei insbesondere auf die Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen, in denen Infrarotbeobachtungssystemen und allgemeinen Überwachungssystemen geliefert wurden. Berichten des norwegischen Friedensforschungsinstitut PRIO zufolge, hat Deutschland im Jahr 2009 außerdem für ca. eine Mio. Euro Munition für Klein- und Leichtwaffen in die Ukraine exportiert. Laut dem UN-Register bezog die Ukraine ebenfalls im Jahr 2008 einen leichten Hubschrauber des Typs Bo-105 aus Deutschland. Bemerkenswerterweise ist dieses Geschäft in den von Deutschland an die Vereinten Nationen gemeldeten Informationen nicht aufgeführt.

In den Jahren 2011 und 2012 lieferte Deutschland hauptsächlich Klein- und Leichtwaffen an die Ukraine. Den Anstieg der Rüstungsexporte in die Ukraine im Jahr 2014 erklärt die Bundesregierung in ihrem Rüstungsexportbericht von 2014 hauptsächlich durch die Lieferung von Helmen und ballistischen Schutzwesten.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	-	-	1	18	-	19

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2012-2016, Mio. USD

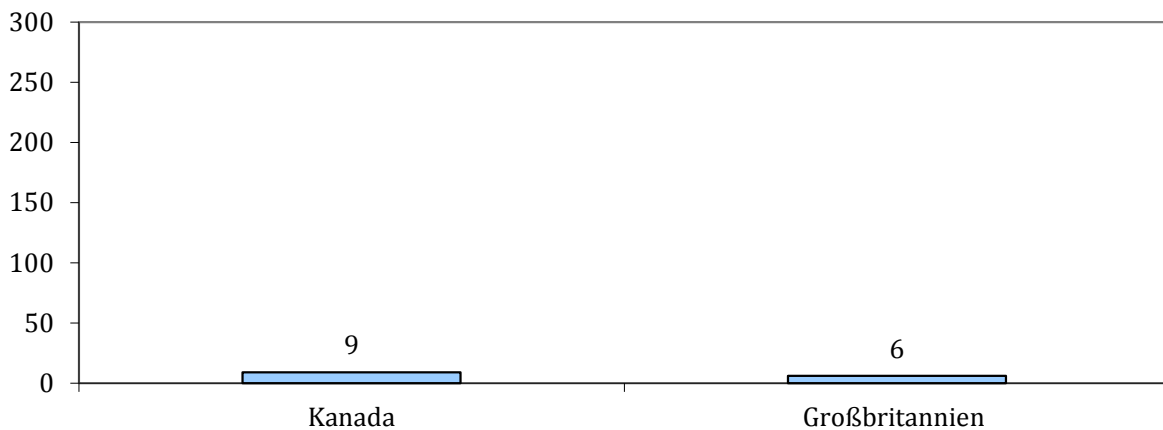
Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme in die Ukraine liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2012-2016, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm die Ukraine 2012-2016 die 128. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Das Land importiert primär Klein- und Leichtwaffen, Munition und technisches Equipment bzw. Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern und Waffen. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den daraus folgenden Spannungen stehen die europäischen NATO-Staaten Waffenlieferungen in die Ukraine kritisch gegenüber, da dies durch Russland als Provokation aufgefasst werden könnte. Unterstützung erhält der ukrainische Staat derzeit vor allem durch die USA, die der Ukraine Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär zusagten und zudem die Präsenz der US-Truppen in Osteuropa erweiterten. Auch Hilfe seitens der NATO wird erbeten. So wurde im Frühjahr 2015 bekannt, dass das ukrainische Militär mit Hilfe der NATO modernisiert und somit die Kooperation mit NATO Truppen ausgebaut werden soll. Im Januar 2016 vereinbarten Präsident Poroschenko und der US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert. So erhielt das Land im Sommer 2015 die ersten zehn von insgesamt 230 bestellten Mili-

tärfahrzeuge des Typs Humvee sowie mehr als 1000 der US-amerikanischen Panzerabwehrraketen „Javeline“. Ungeachtet russischer Proteste schulen die USA seit Herbst 2015 zudem noch mehr ukrainische Sicherheitskräfte. Zudem wurden im Juli 2016 24 unbemannte Flugsysteme zur Aufklärung des Typs AeroVironment RQ-11B Raven geliefert. Seit der russischen Invasion auf der Krim hat Kanada der Ukraine nicht-letale Rüstungsgüter und Ausrüstung im Wert von ca. 524 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Im April 2017 unterzeichneten die beiden Staaten eine Vereinbarung zur Verteidigungskooperation, welche sich insbesondere auf Forschung und Produktion fokussieren wird und keine direkten Zusagen zu Waffenlieferungen in die Ukraine enthält. Darüber hinaus gab es einige kleinere Waffengeschäfte, etwa mit Tschechien und Ungarn.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

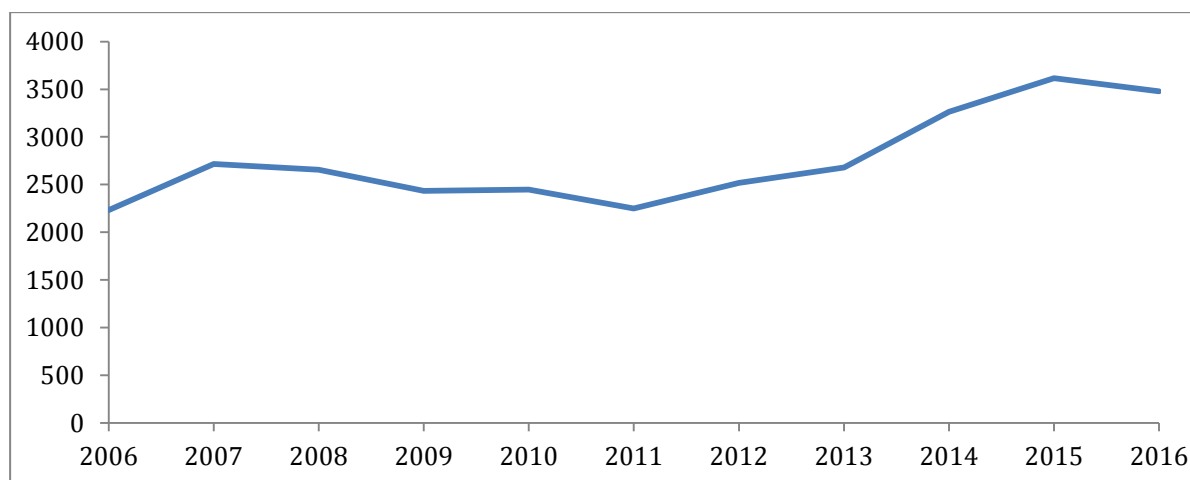
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2518	2678	3264	3617	3479
Anteil am BIP (in Prozent)	2,4	2,4	3,0	4,0	3,8
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	4,8	5,0	6,7	9,2	9,2

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

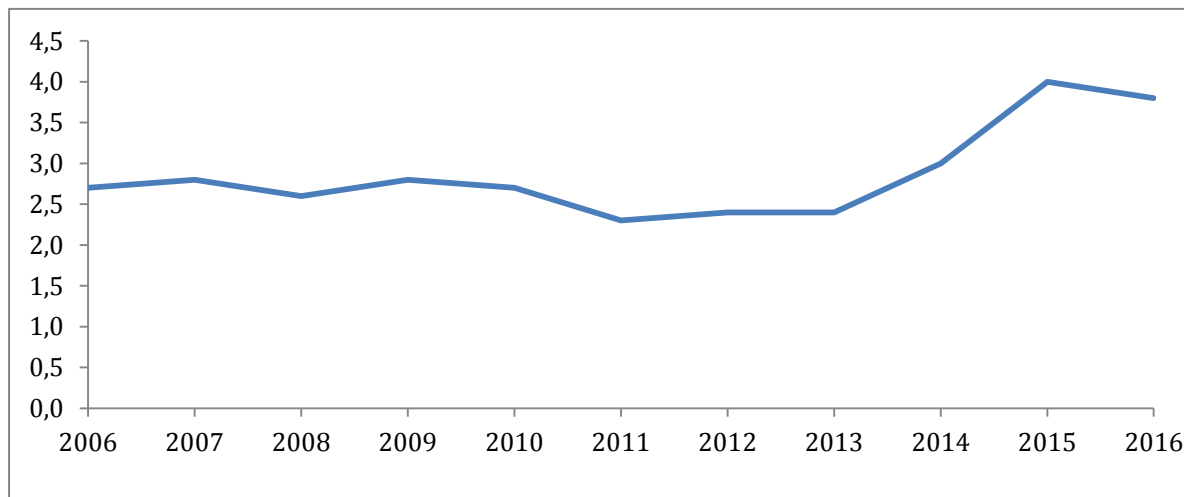
Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Der militärisch-industrielle Komplex in der Ukraine ist gut entwickelt und aufgestellt und war dies bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erbe das Land etwa 25 bis 30 Prozent des gesamten sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes. Neben selbst produzierten Rüstungsgütern und Waffen versorgt die Ukraine eine Reihe von Staaten mit alten sowjetischen Waffen, insbesondere Länder in Afrika und Asien.

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine Strategie zur Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes mit dem Ziel, erneut eigene komplette Produktionsketten für einige Produkte aufzubauen. Damit wollte sie der Importabhängigkeit der Rüstungsindustrie begegnen. Auch wenn die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen aufweist, bleibt gerade das gute Exportgeschäft ein wichtiger Stützpfeiler für einige Unternehmen. So profitieren ca. 40 Betriebe direkt vom Exportgeschäft. Rund 250 andere können dadurch hingegen kaum wirtschaftliche Fortschritte verbuchen. Auch die hohe Nachfrage der eigenen Armee, die auf eine gut aufgestellte heimische Rüstungsindustrie angewiesen ist, um ihre Nachfrage zu decken, treibt die Rüstungsproduktion an. Ein weiteres Charakteristikum der ukrainischen Rüstungsindustrie war ihre enge Verknüpfung mit Russland, von dessen Zulieferungen sie weitgehend abhängig war. Aus diesem Grund hat selbst die proeuropäische Ausrichtung Kiews in den Jahren der orangenen Revolution an der intensiven russisch-ukrainischen Kooperation im militärisch-technischen Bereich nichts geändert. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den Konflikten in der Ostukraine brach die Rüstungskoopera-

tion, die rund die Hälfte der ukrainischen Rüstungsexporte ausmachte, jedoch weitestgehend zusammen. So startete Russland ein groß angelegtes Programm, um ukrainische Produkte zu ersetzen. Bereits angelaufene Projekte werden zum Teil zwar offiziell noch fortgeführt, jedoch wurden diese zumeist faktisch gestoppt oder verzögert, was auch durch die Suche nach alternativen Kooperationspartnern durch die Ukraine unterstrichen wird.

Ukrainische Rüstungsfirmen können sich regelmäßig große Aufträge weltweit sichern. Dabei umfassen die Geschäfte neben der Lieferung von Militärgütern und -technik aus Arsenalen der ukrainischen Streitkräfte auch die Lieferungen von Teilen zur Endproduktion im Empfängerland sowie Wartungs- und Modernisierungsarbeiten. Rüstungsexporte fallen laut Verfassung ins Aufgabenfeld des Staatsoberhauptes und gelten damit als Handlungsfeld innerhalb der Außenpolitik. Informationen legen nahe, dass die Ukraine über Moldawien Waffen an Armenien verkauft hat. Sowohl die ukrainische als auch armenische Regierung dementierten jedoch diese Meldung.

Im Oktober 2013 gab das ukrainische Unternehmen Ukroboronprom den Beginn eines großangelegten Restrukturierungsprogramms bekannt, wodurch zumindest einen Teil der Missstände innerhalb der ukrainischen Rüstungsindustrie behoben werden sollen. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum endgültigen Vertrieb staatlich zu steuern. Dadurch soll auch die ukrainische Rüstungsindustrie für gemeinsame Projekte mit anderen Staaten gestärkt werden.

Im Osten der Ukraine befinden sich zudem einige der bedeutendsten Zuliefererbetriebe der russischen Rüstungsindustrie. Zwar stoppte die staatliche Rüstungsgesellschaft Ukroboronprom nach der Annexion der Krim sämtliche Lieferungen nach Russland, private Unternehmen aus der Ukraine rüsten aber weiterhin die russische Armee auf. Berichten zufolge beträgt das Gesamtvolumen aller russischen Aufträge für ukrainische Zulieferer rund 15 Milliarden Dollar.

Größtes Unternehmen und größter Rüstungsexporteur ist das staatseigene Unternehmen Ukrspetseksport. Insgesamt sind etwa 90 Prozent der Rüstungsbetriebe Staats-eigentum. Unklare Eigentumsverhältnisse (verschiedene Ministerien) und das Fehlen eines zentralen Koordinationsgremiums haben jedoch erhebliche negative Einflüsse auf den militärisch-industriellen Komplex und dessen Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten. Zudem wurde im Dezember 2014 bekannt, dass aufgrund der Konflikte mit Russland und dem daraus folgendem Zusammenbruch der Kooperation ca. 30.000 russische Produkte ersetzt werden müssen. Die daraus resultierenden Kosten sind unbekannt. Als Reaktion wurden Rüstungsexporte durch Ukrspetseksport 2014 unterbrochen, auch um sich primär auf die nationale Versorgung mit Militärgütern zu konzentrieren.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Heer; Luftwaffe 18 Monate; Marine 2 Jahre

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

204.000 aktiv, davon:

Heer: 145.000

Marine: 6.000

Luftwaffe: 45.000

Luftüberwachung: 8.000

Spezialeinheiten: k.A.

Zusätzlich:

Reserve: 900.000 (Joint)

Paramilitärische Einheiten: 88.000, davon:

Nationalgarde: ca. 46.000

Grenzschutz: ca. 42.000

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	129,9	129,9	129,9	129,9	129,9	129,9	121,5	204	204
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,7	4,5	4,5

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Notwendigkeit eines Umbaus der ukrainischen Streitkräfte deutlich. So waren die ukrainischen Streitkräfte, ähnlich wie andere Armeen in Nachbarländern, von einem Missverhältnis zwischen der Anzahl hoher Offiziere und Mannschaften geprägt. Im Jahr 2004 etwa kamen auf einen Offizier 2,6 Mannschaftsdienstgrade, während das Verhältnis in modernen Armeen etwa das Doppelte beträgt. Professionalisierung und Effizienzsteigerung war ein zentrales Ziel der Militärreform und des Umbaus der Streitkräfte. Aus diesem Grund wurde eine Phase der Transformation eingeleitet, welche eine Reduzierung der Stärke der Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 Soldaten vorsah. Doch auch wenn in vielen Bereichen der Versuch unternommen wurde, westliche bzw. NATO-Standards zu etablieren, war das strukturelle Erbe der Sowjetunion allgegenwärtig. Eine umfassende und weitreichende Reform wurde dadurch erheblich erschwert. Die Verkleinerung der Streitkräfte wurde in Folge des militärischen Einsatz im Osten des Lan-

des seit Frühjahr 2014 vorerst gestoppt und die Wehrpflicht wieder eingeführt. Der Staat hat jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften, die trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen, z.B. bzgl. Ausreisebedingungen für wehrpflichtige Männer, fortbestehen.

Da die Streitkräfte mit vielen veralteten Waffensystemen ausgestattet sind, ist eine umfassende Modernisierung notwendig. In den letzten Jahren ist eine hohe Verlustquote, insbesondere bzgl. der Ausstattung der Marine und der Luftwaffe, zu verzeichnen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2039	Davon 1291 eingelagert
Schützenpanzer	1087	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	328	
Aufklärer	548	
Bergepanzer	Einige	BREM-2; BREM-64; T-54/T-55
Brückenlegepanzer	Einige	MTU-20
Pionierpanzer	53	BAT-2; MT-LB
Artillerie	1827	Davon bis zu 90 2S7 eingelagert
Panzerabwehr	Ca. 500	Nur die Zahl der Geschütze (MT-12/T-12); darüber hinaus einige Raketen und Panzerabwehrenkwaffensysteme (u.a. AT-4 <i>Spigot</i> ; AT-6 <i>Spiral</i>)
Luftabwehr	70	Nur die Zahl der Geschütze; zusätzlich einige Raketen SA-13 <i>Gopher</i> ; SA-8 <i>Gecko</i> ; sowie einige SA-12 <i>Gladiator</i> eingelagert
Kampfhubschrauber	Ca. 35	Mi-24 <i>Hind</i>
Mehrzweckhubschrauber	1	
Transporthubschrauber	Ca. 24	Mi-8 <i>Hip</i>
Radar	Einige	<i>Small Fred/Small Yawn/SNAR-10 Big Fred</i>
Raketen	90	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren haben jedoch die Qualität des Geräts verbessern können. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Geplant ist die Modernisierung bzw. der Austausch der überwiegend vorhandenen T-72 Panzer mit moderneren T-84 Panzern, doch ist dies bis heute nicht gelungen. Ende 2014 wurde bekannt, dass diesbezügliche Gespräche mit Polen geführt wurden, in denen es außerdem um einen Ersatz für die schwimmfähigen BMP-1-Schützenpanzer ging. Im Juli 2015 erhielt das ukrainische Militär acht modernisierte T-80 Kampfpanzer, die in der Ostukraine eingesetzt werden sollen. Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften wird das Heer bei der Entwicklung neuer Waffensysteme bevorzugt, um auf die Anforderungen moderner Kriegsführung reagieren zu können. Gleichwohl verschlechtern sich Kapazitäten, Fähigkeiten sowie Material zusehends und Investitionen werden kaum getätigt.

Im Jahr 2000 wurde eine umfassende Reform auf den Weg gebracht, die auch die Reduzierung des Heeres vorsah. Dennoch ist das Heer heute immer noch mit Abstand die größte Teilstreitkraft und verfügt über die größte Anzahl konventioneller Großwaffen. Problematisch für das Heer wie auch für die anderen Bereiche des Militärs sind die chronische Unterfinanzierung und das schlechte Training.

Im Januar 2016 vereinbarten Poroschenko und der US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert. So erhielt das Land im Sommer 2015 die ersten zehn von insgesamt 230 bestellten Militärfahrzeuge des Typs Humvee. Weitere Fahrzeuge und Drohnen sollen folgen.

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	1	
Patrouillenboote	4	
Davon Korvetten	1	
Minenboote	1	
Amphibienfahrzeuge	4	
Logistik und Unterstützung	10	

Quelle: *ISS Military Balance 2017*

Box 2

Marineflieger

2 Flugzeug zur U-Boot-Abwehr (Be-12 Mail, zurzeit nicht einsatzfähig)

2 Transportflugzeuge (An-26 Curl, beide eingelagert)

Mehr als 7 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr (u.a. Mi-14 Haze)

1 Transporthubschrauber (Ka-29 Helix-B)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die ukrainische Marine ist mit Abstand die kleinste Teilstreitkraft innerhalb der Armee. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft sowohl bei der Küstenverteidigung, bei Unterstützungsaufgaben und bei Kampfeinsätzen im Rahmen multinationaler und NATO-geführter Missionen begrenzt demonstriert. Viele Schiffe sind jedoch aufgrund ihres allgemein schlechten Zustands kaum zu nutzen. Wie beim Heer stammt auch bei der Marine die Ausrüstung größtenteils aus Zeiten der Sowjetunion; die meisten Schiffe wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut, einige wenige Schiffe in den 1990er Jahren. Ein Bericht über den technischen Zustand der Schiffe aus dem Jahr 2005 kam zu dem Schluss, dass fast alle umgebaut und generalüberholt werden müssten. Eine Ausnahme bildet eine in 2009 beschaffte Korvette.

Im Zuge der Krim-Annexion durch Russland 2014 wurde ein großer Teil der Ausstattung der ukrainischen Marine durch russische Truppen beschlagnahmt, darunter unter anderem 20-25 Schiffe. Nur einige dieser beschlagnahmten Schiffe wurden später zurückgegeben. Generell zeigte sich bei der Annexion der Krim die Schwäche der ukrainischen Streitkräfte. Zwar spielt das Schwarze Meer eine wichtige politische Rolle für die Ukraine, sie verfügt jedoch nicht über die nötigen Seestreitkräfte und nicht über eine kohärente Strategie, um den Küstenschutz gewährleisten zu können. Die Ukraine hatte auf der Krim eine Brigade von rund 3.500 Mann stationiert, Russland durfte laut Abkommen zur Schwarzmeerflotte bis zu 25.000 schicken. Im Zuge der Auseinandersetzungen kam es zu einer zunehmenden Auflösung des Militärs, Soldaten gingen zurück in ihre Heimat – und gestanden sich dadurch ihre Schwäche ein.

Um die Marine stärker und moderner zu machen, befindet sie sich derzeit in einer umfassenden Transformations- und Modernisierungsphase. Das Ziel ist dabei, die Flotten im eigenen Land zu produzieren, mit modernerer Technik auszustatten und sie damit auf ein Niveau zu bringen, das dem der NATO entspricht, welcher die Ukraine beitreten möchte. Bis 2020 soll mit Budgethilfe aus den USA bspw. eine (erste) neue Korvette beschaffen werden.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	71	
Abfangjäger	Ca. 14	
Kampfflugzeug	Ca. 31	
Aufklärungsflugzeuge	12	Davon ca. 9 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Ca. 32	
Transportflugzeuge	30	
Hubschrauber (Command and Control)	Ca. 14	
Transporthubschrauber	33	
Luftabwehr	322	
Raketen	Einige	u.a. AS-13 <i>Kingbolt</i> ; AS-12 <i>Kegler</i> ; AA-10A <i>Alamo</i>

Quelle: IISS *Military Balance 2017*

Kommentar

Wie auch die anderen Teilstreitkräfte verfügt die Luftwaffe über größtenteils ehemaliges sowjetisches Kriegsgerät. Die Modernisierung eines Teils der Luftwaffe wurde von einem stetigen Abbau der allgemeinen Kapazitäten begleitet. Über die genaue Anzahl der Flugzeuge gibt es unterschiedliche Angaben. Berichte gehen von etwa 800 Flugzeugen aus. Im Jahr 2006 begannen umfangreiche Maßnahmen, alte Flugzeuge außer Betrieb zu nehmen und mit den freigesetzten Ressourcen durch Einsparungen bei Instandhaltung die Luftabwehr und die Kommunikationsausrüstung zu modernisieren. Bereits ein Jahr zuvor verabschiedete die Regierung einen Plan, die veraltete Flotte der Kampfflugzeuge mit neueren Modellen zu ersetzen oder ein neues eigenes Kampfflugzeug zu entwickeln. Da Experten davon ausgehen, dass die vorhandenen Flugzeuge nur bis 2015 fliegen können, ist Kiew unter Zeitdruck. 2014 musste sich die Ukraine unter anderem deswegen bereits für die hohe Verlustquote von Luftfahrzeugen rechtfertigen. 2015 erhielt die ukrainische Luftwaffe mehr als 1000 der US-amerikanischen Panzerabwehrraketen „Javeline“. Ungeachtet russischer Proteste schulen die USA seit Herbst 2015 zudem noch mehr ukrainische Sicherheitskräfte.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

Schwere Panzer (T-64; T-72)

Mehr als 83 Schützenpanzer (BTR-3; ca. 50 BTR-4)

Gepanzerte Mannschaftstransporter (BTR-70; BTR-80)

Gepanzerte Patrouillenfahrzeuge (Streit Cougar; Streit Spartan)

Einige Artilleriegeschütze

Einige Luftabwehreinheiten

24 Transportflugzeuge

7 Transporthubschrauber

Maritimer Grenzschutz:

26 Patrouillenboote

1 Schiff (Logistik und Unterstützung)

Einige Transportflugzeuge (u.a. An-8 Camp; An-72 Coaler)

Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr (Ka-27 Helix A)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 4

Peacekeeping

Afghanistan (NATO, Operation Resolute Support): 8 Soldaten

Armenia/Aserbaidschan (OSZE, Minsk Conference): 1 Soldat

Elfenbeinküste (UNOCI): 2 Soldaten

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 255 Soldaten, 11 Beobachter

Liberia (UNMIL): 162 Soldaten, 3 Beobachter

Moldawien: 10 Beobachter

Serbien (NATO-KFOR): 40 Soldaten

Sudan (UNISFA): 2 Soldaten, 4 Beobachter

Südsudan (UNMISS): 1 Soldat, 3 Beobachter

Zypern (UNFICYP): 2 Soldaten

OSZE (UNMIK): 2 Beobachter (Kosovo 1)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Zu Sowjetzeiten galt das ukrainische Militär als Verteidiger der Nation und war als fester Bestandteil in die Gesellschaft integriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es zu umfassenden und weitreichenden finanziellen Kürzungen, wodurch sich viele Soldaten mit einer völlig neuen sozialen Realität konfrontiert sahen. Der Staat stand vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine ukrainische Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen sollte. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates zu nutzen. Damit einhergehen sollte innerhalb der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Aufgaben des Militärs geschaffen und seine Akzeptanz, die durch einen zeitweisen Prestige- und Autoritätsverlust stark eingeschränkt war, erhöht werden. Erschwert wurde dieses Anliegen durch soziale Problemen wie ein zu niedriger Sold sowie die desolate Wohnungslage für viele Militärangehörige und ihre Familien. Bis Anfang 2008 hatten immer noch mehr als 50.000 Soldaten keine Wohnung. Für die Folgen dieser Missstände wie Alkoholismus,

Befehlsverweigerung oder Korruption führt, hat die politische Führung noch keine umfassende Lösung gefunden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes bleibt bis heute die Wehrpflicht. Innerhalb der Gesellschaft herrscht die Ansicht, dass die Armee die Soldaten nicht ausreichend trainiert und ausbildet, bedingt durch die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte. Doch nicht nur die schlechte Bezahlung hält viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Viele Ukrainer sehen das Militär nicht mehr als Institution, die Werte und „patriotische Pflichten“ vermittelt. Während in Zeiten der Sowjetunion die Ausbildung technisch geprägt war, muss die Regierung sie nun auf sicherheitspolitischen Aufgaben ausrichten und demokratische Standards in den Curricula verankern. Dazu gehört, Offiziere sowohl an militärischen als auch an zivilen Schulen und Hochschulen auszubilden. Abgesehen von der öffentlichen Debatte über die Wehrpflicht ist das Interesse am Militär innerhalb der Gesellschaft im Allgemeinen jedoch niedrig. Auch wenn Militär und Gesellschaft stark getrennt sind, ist das Vertrauen in das Militär traditionell hoch ist.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	1,52	1,63	1,86	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2015

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: die Kriminalpolizei, die „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, die Polizei zu reformieren und einen Bruch mit den sowjetischen Strukturen und Traditionen zu erreichen. Dies ist nicht gelungen und die Polizei bleibt damit in weiten Teilen eine der Institutionen im Land, die sich einem Wandel sehr resistent widersetzt. Internationale Menschenrechtsgruppen forderten vor der Fußball-Europameisterschaft 2012 eine umfassende Polizeireform, um Polizisten in Zukunft für ihre Handlungen – etwa für tätliche Angriffe, Folter und andere schwere Vergehen - zur Verantwortung zu ziehen.

Daneben existieren „interne Truppen“ (VV- Vnutrisni Viys'ka Ukrayiny), die zwar militärisch organisiert sind, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstehen. Letztere unterstützen mit einer Stärke von etwa 39.000 Mann die Polizei, sollen bei Massenunru-

hen eingesetzt werden und dienen der Bekämpfung interner Konflikte sowie dem Schutz kritischer Infrastruktur, wie etwa von Atomkraftwerken.

Nach der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB, entstand in der Ukraine der Inlandsgeheimdienst SBU. Wesentliche Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität, der staatlichen Interessen, des wissenschaftlichen (Rüstungs-)Potentials und der Verfassung. Als Strafverfolgungsbehörde bekämpft der SBU ebenfalls organisierte Kriminalität und Terrorismus. Er ist direkt dem Staatspräsidenten unterstellt und unterliegt der parlamentarischen Kontrolle, die jedoch nur bedingt ausgeübt wird und wenig effektiv ist. Dieser Mangel und die Größe des Geheimdienstes (bis zu 30.000 Beschäftigte) scheinen seinen Missbrauch durch die jeweiligen Regierungen zu begünstigen. Berichten zufolge wird er immer wieder zur Unterdrückung der Opposition sowie zur Beeinflussung regimekritischer Journalisten und Medien genutzt. Zuletzt fokussierte sich der SBU insbesondere auf Korruptionsbekämpfung. Es bestehen jedoch einige strukturelle sowie gesetzliche Defizite, die einen erfolgreichen Kampf erschweren. Generell vertraut die Bevölkerung dem Inlandsgeheimdienst bei der Korruptionsbekämpfung jedoch mehr als der Polizei. Während das Militär sich weitestgehend aus politischen Prozessen heraushält und eine neutrale Position einnimmt, beeinflussen viele Sicherheitskräfte diese indirekt mit Hilfe von Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung oder durch kriminelle Aktivitäten.

Im Sommer 2015 wurde daher im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2000 Polizisten gebildet, die seitdem am Maidan eingesetzt wird und die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Die Ukraine ist allen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sich die Ukraine schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben, was 1996 erfolgreich abgeschlossen wurde. Mit Hilfe der USA hat die Ukraine bis 2001, wie im Start I Vertrag vorgesehen, sämtliche strategischen Bomber, Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen und strategische Marschflugkörper abgerüstet bzw. zerstört. Dennoch lieferten ukrainische Unternehmen Mittelstreckenraketen, auch für den Einsatz mit Nuklearsprengköpfen, an den Iran und nach China. Die Ukraine verfügt noch immer über ein Arsenal an Streumunition und betrachtet diese als legitime Waffe. Daher steht das Land einer Ratifizierung eines vollständigen Verbots kritisch gegenüber, ist allerdings bestrebt im Rahmen der Vereinten Nationen, also im Kontext des internationalen humanitären Völkerrechts, ihren Gebrauch besser zu regulieren.

Gegen die Ukraine sind derzeit keine UN- Sanktionen verhängt. Im Februar 2014 beschloss die EU allerdings Sanktionen gegen die damalige Regierung der Ukraine, bei denen es sich vor allem um Einreiseverbote und Kontensperrungen handelte. Im März 2014 folgten neue EU-Sanktionen gegen 48 russische und ukrainische Personen, im Mai erneut gegen 13 Politiker und Aufständische der Krim und des Ostens der Ukraine sowie gegen zwei Energieunternehmen, die von der Krim-Annexion durch Russland profitierten. Auch die USA belegten Personen und Unternehmen aus Russland und der Ukraine mit Sanktionen.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5: Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2016

Ukraine is a republic with a semi-presidential political system composed of three branches of government: a unicameral legislature (Verkhovna Rada), an executive led by a directly elected president and a prime minister chosen through a legislative majority, and a judiciary. The country held presidential and legislative elections in 2014; international and domestic observers considered both elections free and fair. Civilian authorities generally maintained effective control over security forces in the territory controlled by the government. The most significant human rights problems in the country during the year were: Conflict- and Occupation-related Abuses: Russian-backed separatists in Donbas engaged in abductions, torture, and unlawful detention, employed child soldiers, stifled dissent, and restricted humanitarian aid. To a lesser extent, there were also reports of some of these practices by government forces. In Crimea, Russian occupation authorities systematically targeted perceived dissidents for abuse and politically motivated prosecution. Corruption and Official Impunity: The country suffered from impunity for corruption and deficiencies in the administration of justice. The Prosecutor General's Office and the judicial system proved largely unable to convict perpetrators of past or current major corruption. Insufficient Support for Internally Displaced Persons (IDPs): Russia's occupation of Crimea and aggression in eastern Ukraine resulted in 1.7 million IDPs who faced continuing difficulties obtaining legal documents, education, pensions, and access to financial institutions and health care. During the year the government suspended all social payments for IDPs, pending verification of their presence in government-controlled territory, ostensibly to combat fraudulent payments. Other problems reported during the year included: alleged beatings and torture of detainees and prisoners, as well as harsh conditions in government-run prisons and detention facilities; nongovernmental attacks on journalists; societal violence against women and abuse of children; societal discrimination against and harassment of ethnic and religious minorities; trafficking in persons, including forced labor; discrimination and harassment against lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex (LGBTI) persons; and discrimination against persons with HIV/AIDS. There also were limitations on workers' right to strike, and failure to enforce effectively labor laws and occupational safety and health standards for the workplace. The government generally failed to take adequate steps to prosecute or punish most officials who committed abuses, resulting in a climate of impunity. Human rights groups and the United Nations noted significant deficiencies in investigations into human rights abuses committed by government security forces, in particular into allegations of torture, enforced disappearances, arbitrary detention, and other abuses reportedly perpetrated by the Security Service of Ukraine (SBU). The perpetrators of the 2014 Euromaidan shootings in Kyiv and riots in Odesa have not been held to account. Investigations into alleged human rights abuses related to Russia's occupation of Crimea and the continuing aggression in the Donbas region remained incomplete due to lack of government control in those territories and the refusal of Russia and Russian-backed separatists to investigate abuse allegations.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2016/2017**

Sporadic low-scale fighting continued in eastern Ukraine with both sides violating the ceasefire agreement. Both the Ukrainian and pro-Russian separatist forces continued to enjoy impunity for violations of international humanitarian law, including war crimes, such as torture. Authorities in Ukraine and the self-styled People's Republics of Donetsk and Luhansk conducted unlawful detention of individuals perceived to support the other side, including for use in prisoner exchanges. The long-awaited State Investigation Bureau, intended to investigate violations by the military and law enforcement officials, was formally established but not operational by the end of the year. Independent media and activists were not allowed to work freely in the People's Republics of Donetsk and Luhansk. Media perceived as pro-Russian faced harassment in government-controlled territories. The largest-ever Pride march for lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (LGBTI) people in the capital, Kyiv, was supported by the city authorities and effectively protected by the police. In Crimea, the de facto authorities continued their campaign to eliminate pro-Ukrainian dissent. It increasingly relied on Russian anti-extremism and anti-terrorism legislation and criminal prosecution of dozens of people perceived to be disloyal.

Quelle: Amnesty International Report 2016/2017

<https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/ukraine/>

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017**

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 3

Politische Rechte: 3

Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017**

Political infighting consumed much of the early months of 2016. President Poroshenko requested the resignation of Prime Minister Yatsenyuk in February, but failed to gather the necessary support in the parliament, where Yatsenyuk's People's Front is the second-largest party. Yatsenyuk resigned in April, along with many ministers who were outspoken advocates of reform, and was replaced by Groysman. The Yatsenyuk government had achieved notable reforms in the gas and banking sectors, and Groysman moved ahead with changes in the electricity sector, eliminating some opportunities for corruption. In June, the parliament passed long-promised legislation aimed at increasing independence and reducing malfeasance in the judiciary. Nevertheless, other anticorruption efforts

moved slowly throughout the year. The Minsk II agreement, a cease-fire deal brokered by France and Germany in early 2015, remained formally in effect in 2016, but low-intensity combat continued along the line of contact in eastern Ukraine. In a December 2016 report, the Office of the UN High Commissioner for Human Rights (OHCHR) noted that at least 9,733 people had been killed and more than 22,000 wounded in Ukraine from the outbreak of the conflict in April 2014 to November 2016. In April, the Ministry of Social Policy reported that it had registered approximately 1.7 million internally displaced persons (IDPs) from Crimea and the Donbas. IDPs continued to experience difficulties in accessing public services in 2016. The situation in the Donbas separatist entities, the self-styled Luhansk People's Republic and Donetsk People's Republic, remained unstable, with several killings and arrests among the rebel leadership. Following an alleged coup attempt against Luhansk leader Igor Plotnitsky in August, the separatist leaders purged dozens of political and military personnel. In October, a bomb killed Arsen Pavlov, a Russian national and one of the most prominent separatist military leaders in Donetsk. Local elections and administration in these two regions remained contentious issues. In October, despite some preparation by separatist authorities in both Donetsk and Luhansk, the regions' leaders announced the cancelation of voting, which had been scheduled for November. Details about the framework and conduct of future elections in separatist-held areas were still unclear at year's end. The Ukrainian government made little progress in meeting domestic and international demands to investigate and prosecute crimes committed during the last months of the Yanukovych administration in late 2013 and early 2014, which included the shooting of protesters.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/ukraine>

Kommentar

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Einschränkungen betrafen dann jedoch nach der Wahl des ehemaligen Präsident Janukowitschs 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Der Inlandsgeheimdienst betrieb darüber hinaus eine Kampagne der Einschüchterung. Seit November 2011 rief zudem die Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin und bekannten Oppositionsführerin Julia Timoschenko zu sieben Jahren Haft, weltweit Empörung hervor. 2014 wurde sie aus der Haft entlassen. Schlecht bestellt ist es um die Sicherheit verwundbarer Gruppen wie Minderheiten (Roma und Krimtataren).

Während die Pressefreiheit lange Zeit geachtet wurde und die Regierung nicht im großen Stil versucht hat, die Medien zu kontrollieren, ist die Pressefreiheit während der Präsidentschaft Janukowitschs von 2010 bis 2014 systematisch eingeschränkt worden. Dies wird deutlich im Ranking der Organisation „Reporter ohne Grenzen“, das die Ukraine 2014 auf den 127. Rang des Press Freedom Index platzierte, wohingegen das Land 2009 noch auf Rang 89 lag. 2016 stieg die Ukraine wieder auf Platz 107. Die in den vergangenen Jahren zunehmend besorgniserregenderen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit sowie die Häufigkeit von Berichten über Folter, Missbrauch und unrechtmäßige Inhaftierung durch die Polizei sind seit Beginn des Euromaidan Protestbewegungs nochmals bestätigt worden. Problematisch bleiben auch die stark verbreitete Korruption, die Zustände in den Gefängnissen (insbesondere den Untersuchungshaftanstalten) sowie schleppende Gerichtsverfahren. 2015 setzte die Ukraine einige Punkte inter-

nationaler Menschenrechtserklärungen vorübergehend außer Kraft (unter anderem bzgl. Haftbedingungen), was mit der Situation im Donbass begründet wurde, wo laut Kiew eine „Anti-Terror-Operation“ durchgeführt wird.

Als Folge der weiterhin anhaltenden, wenn auch abgeschwächten, Konfliktsituation sind nach Schätzungen des Kommissars für Menschenrechte des Europarates rund fünf Millionen Menschen von mangelhafter Wasserversorgung, fehlender Ausstattung der Krankenhäuser und zerstörten Schulen betroffen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Februar 2017)

Die Ukraine befindet sich in einer schwierigen Umbruchsituation, die einerseits durch die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und den Konflikt in der Ost-Ukraine, andererseits durch Reformbemühungen geprägt ist. Schwer bewaffnete pro-russische Separatisten kämpfen in der Ost-Ukraine gegen offizielle ukrainische Kräfte und haben sich in den nicht anerkannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk zusammengeschlossen. Nach VN-Angaben vom Dezember 2016 wurden seit Beginn der Kämpfe Mitte April 2014 mindestens 9.760 Personen getötet und 22.780 Personen verletzt. Rund 3,1 Mio Menschen sind aus der Ost-Ukraine geflohen, davon 1,7 Mio innerhalb der Ukraine. Die Ukraine ist seit Beginn der „Euromaidan“-Proteste im November 2013 nicht mehr vollständig zur Ruhe gekommen. Bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften waren dabei im Februar 2014 rund 100 Personen ums Leben gekommen. Durch zahlreiche Austritte aus der Regierungsfraktion „Partei der Regionen“ verlor die Regierung im Februar 2014 ihre Mehrheit an die Opposition. Nach der Flucht von Wiktor Janukowytsch beschloss das Parlament die Neuwahl des Präsidenten, die Petro Poroschenko im Mai 2014 schon im ersten Wahldurchgang mit großer Mehrheit in allen Regionen des Landes (insgesamt 54,7%) gewann. Nach dem endgültigen Scheitern der ursprünglich fünf Parteien umfassenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Jazenjuk im Februar 2016 konnten sich die zwei größten Fraktionen im Parlament (Werchowna Rada) im April 2016 auf die Bildung einer neuen Koalition verständigen, die allerdings rechnerisch keine Mehrheit im Parlament hat und daher auf Absprachen mit anderen politischen Kräften angewiesen ist. Die von Wolodymyr Hrojsman geführte Regierung, die seit dem 14.4.2016 im Amt ist, bleibt dem Reformprogramm der Vorgängerregierung verpflichtet. Trotz mancher Fortschritte bleibt der Reformbedarf hoch. Nach der Verfassung vom 28. Juni 1996 war die Ukraine eine Präsidialdemokratie. Politik und Verwaltung waren stark auf den Staatspräsidenten als zentrale Verfassungsinstitution und Ausdruck staatlicher Macht ausgerichtet. Am 8. Dezember 2004 wurde die Verfassung im Zuge der „Orangen Revolution“ wesentlich geändert. Diese Änderungen traten zum Jahresbeginn 2006 in Kraft. Sie stärkten das Parlament, das nun weitgehend selbst die Regierung einsetzen und durch Misstrauensvotum abberufen konnte. Der automatische Rücktritt der Regierung nach Präsidentschaftswahlen wurde mit der Verfassungsänderung abgeschafft. Der Präsident hatte jedoch faktisch bei der Regierungsbildung weiterhin eine einflussreiche Rolle und zudem unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, das Parlament aufzulösen. Die Kompetenzen der einzelnen Verfassungsorgane waren im Verfassungstext von 2004 nur unzureichend abgegrenzt. Dies führte im Frühjahr 2007 zu einem Verfassungskonflikt zwischen Staatspräsident

Juschtschenko und der damaligen Regierung unter Ministerpräsident Janukowytsch. Am 1. Oktober 2010 erklärte das ukrainische Verfassungsgericht die Verfassungsänderung von 2004 aus prozeduralen Gründen für verfassungswidrig und damit ungültig. Damit galt wieder die Verfassung von 1996. Der Präsident konnte jetzt das Kabinett wieder ohne Zustimmung des Parlaments ernennen und entlassen. Nach der Flucht Präsident Janukowytschs wurde die Verfassung von 2004 am 22.02.2014 von der Werchowna Rada wieder eingesetzt. Eine Änderung der derzeitigen Verfassung insbesondere mit dem Ziel der Dezentralisierung ist in Ausarbeitung. Hierfür wurde eine Verfassungskommission aus Abgeordneten, Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft gebildet; internationale Experten werden beratend hinzugezogen. Der Dezentralisierungsteil der Verfassungsreform wurde im August 2015 in 1. Lesung verabschiedet; die abschließende 2. Lesung steht noch aus. Änderungen, die den Justizteil der Verfassung betreffen, wurden im Juni 2016 verabschiedet und sind seit Ende September 2016 in Kraft. Dies ist die Voraussetzung für die inzwischen angelaufene Erneuerung des Justizsystems. Bisher wird die Ukraine zentralistisch regiert. Organe der regionalen und lokalen Selbstverwaltung haben noch relativ geringe Kompetenzen. Eine Ausnahme hiervon bildete die Krim, die bis zur Annexion durch Russland mit besonderen Autonomierechten ausgestattet war.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ukraine-node/-/202780>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt die Ukraine auf Platz 131 (2015: Platz 130), ranggleich mit dem Iran, Russland, Nepal und Kasachstan. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

In der Ukraine bestehen seit Jahren zwei wesentliche Konfliktstränge, die sich teilweise auch überlappen und in der gegenwärtigen Krise des Landes zum Vorschein kommen: Zum einen existieren ethnische Spannungen zwischen den ukrainischen Bevölkerungsteilen und den russisch geprägten Bevölkerungsteilen. Zum anderen bestimmen seit Jahren existierende Auseinandersetzungen zwischen pro-westlichen und pro-russischen Fraktionen der politischen Elite die Politik des Landes. Mit der Wahl Viktor Janukowitschs kam im Februar 2010 ein pro-russischer Präsident an die Macht. Die darauffolgenden Jahre waren weiterhin durch Streitigkeiten um die Orientierung der Ukraine – vermehrt in Richtung Russlands oder der EU – bestimmt.

Im November 2013, markierten Proteste in der Bevölkerung den Beginn der gegenwärtig anhaltenden, tiefen ukrainischen Staatskrise. Auslöser für die Protestbewegungen („Euromaidan“) war der Stillstand in den seit 2007 bestehenden Verhandlungen um ein Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, welches auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert wurde. Kern des Abkommens ist ein umfassendes Freihandelsabkommen, das die nahezu vollständige Öffnung des jeweiligen Binnenmarktes für den Kooperationspartner vorsieht. Darüber hinaus sollte im Rahmen des Abkommens die Anpassung der Ukraine an die EU-Gesetzgebung gefördert und Maßnahmen gegen Korruption ergriffen werden. Im November 2013 lehnte der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, die

Vertragsunterzeichnung allerdings überraschend ab – zum Unmut eines großen Bevölkerungsanteils. Gründe hierfür dürften persönliche Motive des Machterhaltes, der Streitpunkt Timoschenko sowie Russlands wirtschaftliche Unterstützung gewesen sein. In der Folge kam es zu Protesten auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan Nesaleshnosti“), der erstmals am 29./30. November mit brutalen Mitteln durch eine Sonderpolizeieinheit geräumt wurde. Im Anschluss daran folgten landesweite Massenproteste, die Janukowitsch wiederum gewaltsam unterdrücken ließ. Nachdem die ersten Aktivisten ums Leben kamen, antwortete der Euromaidan mit Gegengewalt. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Gebäudebesetzungen seitens der Demonstranten sowie massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte.

Das anfängliche Protestmotiv wandelte sich in diesem Zuge, so dass zunehmend die Demokratisierung des gesamten Machtapparates, inklusive seines Strafverfolgungssystems, und somit die Reform des gesamten Systems in den Vordergrund rückte. Janukowitsch wurde seitens der Opposition und der Demonstranten aufgefordert, zurückzutreten. Janukowitsch aber blieb zunächst Präsident und verweigerte den Rücktritt. Infolge gewaltsamer Zusammenstöße zwischen dem 18. und 20. Februar, bei denen fast 90 Menschen getötet wurden (sowohl auf staatlicher als auch auf Seite der Demonstranten), erklärte das ukrainische Parlament Janukowitsch dann am 22. Februar für abgesetzt. Arsenij Jazenjuk (Premierminister) und Alexander Turtschinow (Präsident) führten anschließend die neue Übergangsregierung.

Zu dem Zeitpunkt galt die territoriale Integrität des Landes bereits als gefährdet, was insbesondere auf der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim sichtbar wurde. Dort übernahmen am 27. Februar bewaffnete Akteure, darunter viele russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle; besetzten Flughäfen, Regierungsgebäude und Truppenstützpunkte, während das prorussische Parlament zeitgleich die Regierung absetzte. Eine Volksbefragung zum zukünftigen Status der Krim wurde eingeleitet und am 16. März stimmte die Mehrheit der Krim-Bewohner für den Beitritt zu Russland. Anfang April kam es infolge dieser Ereignisse auch im Osten des Landes zu Unruhen, wo Aktivisten in den Millionenstädten Charkiw und Donezk ebenfalls Referenden über eine Abspaltung forderten und Regierungsgebäude besetzten. Die Unruhen im Land beschädigten das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine schwer, beschuldigte letztere doch Moskau Provokateure in die Ukraine zu schleusen, welche die Unruhen unterstützten.

Am 18. April 2014 einigten sich die USA, Russland, die Ukraine und die EU schließlich auf einen Friedensfahrplan unter der Voraussetzung, dass die Separatisten in der Ostukraine die besetzten Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen. Da diese Anweisung allerdings missachtet wurde, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Dies wiederum veranlasste Russland, die militärische Präsenz im Grenzgebiet auszubauen. Am 02. Mai wurde das inzwischen hohe Gewaltmaß im Land erneut unterstrichen, als an diesem Tag 42 Menschen bei Straßenschlachten und einem offenbar mutwillig gelegten Brand im Gewerkschaftshaus in Odessa ums Leben kamen. Am 11. Mai stimmen auch die Provinzen Luhansk und Donezk (Ostukraine) in einem Referendum über eine Abspaltung ab, die durch 89 Prozent der Wähler befürwortet worden sein soll. Die Separatistenführer erklärten die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die von der EU und den USA aber nicht anerkannt, von russischer Seite hingegen bestätigt wurden.

Am 26. Mai 2014 wurde Petro Poroschenko zum neuen Präsidenten gewählt– er erklärte, die Abspaltung der Krim nicht anzuerkennen und einen Pro-EU-Kurs einlenken zu wollen. Der Militäreinsatz im Osten des Landes wird indes fortgesetzt. Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ost-Ukraine vor. Dennoch kam immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Daran änderte auch der erneuerte Waffenstillstandsvertrag vom 12. Februar 2015 (Minsk II) nicht viel. Bis November 2017 sind bereits mehr als 10.000 Menschen in diesem Krieg umgekommen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Das Land liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Weißrussland, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Zurzeit ist die völkerrechtliche Zugehörigkeit der Halbinsel umstritten, seit sie sich am 02. März 2014 von der Ukraine abspaltete und für unabhängig erklärte. Ein Referendum am 16.03.2014 bestätigte anschließend die Angliederung an Russland, woraufhin die Republik Krim und die Russische Föderation am 18.03.2014 einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation unterschrieben. Experten erklären diesen Vorgang allerdings für völkerrechtswidrig, von der internationalen Gemeinschaft wird er nicht anerkannt.

Politische Situation in der Region

Der derzeit größten Spannungen in der Region bestehen zwischen der Ukraine und Russland. Die Beziehungen der beiden Staaten sind schon seit geraumer Zeit angespannt. Zwischen 2005 und 2010 war zunächst der Gaspreis Anlass für Spannungen zwischen Russland und der Ukraine, in Folge derer Russland zeitweilig die Lieferung von Gas dorthin stoppte. Die Konfliktparteien konnten sich jedoch im April 2010 auf eine 30-prozentige Preisreduzierung für die Ukraine einigen, für die diese im Gegenzug den Nutzungsvertrag für die russische Marinebasis Sewastopol im Schwarzen Meer verlängerte. Derzeit befindet sich die Ukraine erneut im Konflikt mit Russland. Pflögte die vorherige Regierung unter Janukowitsch zwar gute Beziehungen zu Russland, die auf wechselseitige Profite und Unterstützung ausgerichtet waren, so bestehen zwischen der neuen Regierung und Russland erheblich Spannungen aufgrund der russischen Annexion der Krim sowie der Unterstützung für die Separatisten im Osten des Landes.

In der Region um das Schwarze Meer bestehen aber auch zwischen weiteren Staaten ungelöste Konflikte, die teilweise erheblichen Einfluss auf die Gestaltung nationaler Sicherheitspolitik der angrenzenden Länder haben. Seit 1995 wurden die Konflikte in Transnistrien, Nagorno-Karabakh (Bergkarabach) zwischen Armenien und Aserbaidschan, in Südossetien und Abchasien (ein völkerrechtlich zu Georgien gehörende Republik) als „frozen conflicts“ bezeichnet. Die Kämpfe an der armenisch-aserbaidschanischen

Grenze und der russisch-georgische Schlagabtausch im August 2008 haben die die Konfliktlage in der Region angeheizt und die Stabilität verschlechtert. Dies wirkt sich negativ auf die sozioökonomische Entwicklung und den Handel aus und schafft eine Basis für kriminelle Aktivitäten und illegale Migration.

Im Konflikt um Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidschan eskalierte die Situation zwischen 1988 und 1994 als es zu Massakern auf beiden Seiten kam und der Konflikt bewaffnet ausgetragen wurde. Erst 1994 konnte man sich unter Vermittlung der Vereinten Nationen auf einen Waffenstillstand einigen. Im UN-Sicherheitsrat wurden mehrere Resolutionen zu Beginn der 1990er Jahre verabschiedet, die die Armenier zum direkten Rückzug aus den besetzten Gebieten aufforderten. Bis heute ist es trotz zahlreicher Vermittlungsversuche nicht gelungen, eine Einigung in dem Konflikt zu erzielen. Im April 2016 kam es erneut zu einer Eskalation in Form von massiven Kämpfen.

Im August 2008 marschierten georgische Truppen im Zuge einer breit angelegten Militäroffensive in die abtrünnige Republik (völkerrechtlich jedoch zu Georgien gehörend) Südossetien ein und besetzten das Gebiet. Zwischen Georgien und Südossetien kam es zu schweren Gefechten. Kurz darauf folgte eine Gegenoffensive des russischen Militärs, was zu einer Eskalation des Konflikts führte. Am 15./16. August 2008 akzeptierten beide Konfliktparteien einen Sechs-Punkte-Plan, der zu einem Ende der Kampfhandlungen führte. Als kurze Zeit später der russische Präsident Medwedjew die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anerkennt, stößt er auf Unmut der Europäer, die die völkerrechtliche Zugehörigkeit der beiden Provinzen zu Georgien betonen. Zwar ist Russland aus dem Konflikt als militärischer Sieger hervorgegangen, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen halten jedoch bis heute an.

Grenzkonflikte

Im Jahr 2009 konnte durch einen Gerichtsbeschluss des Internationalen Gerichtshof ein langer Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine beigelegt werden. Umstritten waren angrenzende Seegebiete bzw. der Zugang zum Schwarzen Meer, die zum Vorteil Rumäniens entschieden wurden und es nun beiden Staaten ermöglicht, die natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor der Entscheidung angekündigt, das Ergebnis zu akzeptieren.

Ungelöst bleibt hingegen ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer und das Schwarze Meer verbindet. Die Ukraine beansprucht aufgrund historischer Zugehörigkeit die Kontrolle über die Wasserstraße. Für Russland ist sie ein wirtschaftlich wichtiger Faktor, da viele Frachtschiffe sie passieren. Beide Seiten verhandeln zwar seit Jahren über die endgültige Abgrenzung des Gebiets, eine Einigung konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Zusätzlich zu diesem Konflikt besteht nun der Streit um die Zugehörigkeit der Krim-Halbinsel nach der russischen Annexion, sowie um die beiden Provinzen Luhansk und Donezk. Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ost-Ukraine vor. Dennoch kommt es bis heute immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Ukraine alle Nuklearwaffen im Land vernichtet und ist 1994 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Nach der Annexion der Krim durch Russland wuchs die Befürchtung, die Ukraine könnte die nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung und Präsident Poroschenko erklärten jedoch mehrfach, dass die Ukraine frei von Nuklearwaffen bleiben soll.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In der Ukraine sind derzeit (Stand Dezember 2017) über 600 internationale Beobachter im Rahmen der OSZE-Mission Beobachtungsmision stationiert; darunter auch 22 Beobachter aus Deutschland.

Im Konflikt mit Russland um die Lage in der Ukraine kündigten die USA Anfang Juni 2014 an, rund 735 Millionen Euro (eine Milliarde US-Dollar) für die befristeten Stationierung zusätzlicher US-Truppen (Boden-, Luft-, und Marinestreitkräfte) in Ost- und Mitteleuropa bereitzustellen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg kündigte zudem im Sommer 2015 an, die Allianz wolle ihre Eingreiftruppe auf insgesamt 30.000 bis 40.000 Soldaten erweitern.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in der Ukraine 82 Prozent im Jahre 2015, und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügig gefallen (2013: 83 Prozent, 2011: 84 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten der Region weist die Ukraine einen sehr hohen Wert auf. Der finanzielle Schaden belief sich 2015 jedoch verhältnismäßig nur noch auf 129 Millionen US-Dollar (2013: 444 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 10

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Februar 2017)

Der im Mai 2015 ins Amt eingeführte ukrainische Präsident Petro Poroschenko und die seit April 2016 amtierende Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Hrojman stehen für einen klaren Europa-Kurs der Ukraine und ein enges Verhältnis zu den USA. Infolge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der russischen Unterstützung für bewaffnete Separatisten im Osten des Landes haben sich die Beziehungen zu Russland kontinuierlich verschlechtert. Das 2014 von der Ukraine unterzeichnete und ratifizierte Assoziierungsabkommen mit der EU ist zum Jahresbeginn 2016 in Kraft getreten und bildet die Grundlage der Beziehungen der Ukraine zur EU. Es sieht neben der gegenseitigen Marktöffnung die Übernahme rechtlicher und wirtschaftlicher EU-Standards

durch die Ukraine vor. Für sein vollständiges Inkrafttreten bedarf das Assoziierungsabkommen noch der Ratifikation durch die Niederlande. Nachdem die Europäische Kommission im Dezember 2015 die Erfüllung von diesbezüglichen Auflagen bestätigte, rechnet die Ukraine mit einer umfassenden EU-Visaliberalisierung bis Sommer 2017. Die Ukraine ist einwohnerstärkster Teilnehmerstaat der 2009 gegründeten Östlichen Partnerschaft [...]. Die Ukraine ist das einzige Nicht-Mitglied, das an drei NATO-geführten Militäroperationen (ISAF, KFOR, OAE) teilgenommen hat, und war als erster „Partner-Staat“ an einer NATO Response Force (NRF 15) beteiligt. Die gegenwärtige ukrainische Regierung strebt mittelfristig an, durch Reformen die Voraussetzungen für einen möglichen Mitgliedschaftsantrag zu schaffen und verabschiedete in diesem Sinne im Sommer 2016 ein ehrgeiziges Reformprogramm (Strategisches Verteidigungsbulletin). Staatspräsident Poroschenko hat mehrfach angekündigt, die Bevölkerung in einem Referendum über einen Mitgliedschaftsantrag entscheiden zu lassen. Das Verhältnis zu Russland ist für die Ukraine von zentraler Bedeutung. Im Vorfeld der ursprünglich für November 2013 geplanten Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens übte Russland erheblichen Druck auf die damalige ukrainische Regierung aus, um sie von der EU-Assoziierung abzubringen und stattdessen einen Beitritt der Ukraine zur Zollunion/Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeizuführen. Nach dem Scheitern dieses Versuchs und dem Sturz von Präsident Janukowytsh verschlechterte sich das russisch-ukrainische Verhältnis dramatisch. In Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen und bilateraler Verträge annektierte Russland im März 2014 die Krim und unterstützt bis heute die bewaffneten Separatisten im Osten der Ukraine.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ukraine-node/-/202778>

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist bis heute kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Dennoch wurden im Jahr 2009 fünf Menschen festgenommen, die möglicherweise Verbindungen zu ägyptischen extremistischen Gruppierungen hatten. Das Land hat alle wichtigen Anti-Terrorismus Konventionen unterzeichnet und betreibt aktiv die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terroristen gelangen könnten. Im Allgemeinen geht die größte Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung von nationalistischen Gruppierungen aus, die vom radikalen Hass gegen Ausländer und Minderheiten geprägt sind. In der Vergangenheit haben Bombenattentaten und anderen Anschlägen immer wieder Tote und Verletzte in der Bevölkerung verursacht.

Im Vorfeld der Fußball Europameisterschaft 2012 warnte die Regierung immer wieder vor potentiellen Terroranschlägen und verstärkte die Sicherheitsmaßnahmen. Dazu kooperierten ukrainische Strafverfolgungsbehörden mit Partnern aus verschiedenen EU-Staaten, aber auch mit chinesischen Behörden. Hintergrund war, dass im April 2012 bei einer Serie von Explosionen in der ukrainischen Industriestadt Dnjepropetrowsk an einem Tag 31 Menschen verletzt wurden. Die Täter konnten im folgenden Monat gefasst werden. Ermittlungen ergaben, dass es sich entgegen anfänglicher Vermutungen nicht um einen politisch motivierten Terrorakt, sondern um eine versuchte Gelderpressung handelte.

Aufgrund des von der Regierung bezeichneten „Anti-Terror-Einsatzes“ im Osten des Landes wurden einige internationale Vereinbarungen, insbesondere bzgl. der Menschenrechte, durch die Ukraine ausgesetzt.

Internationale Kriminalität**Tabelle 14*****Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung***

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, konfrontieren Regierung und die Bevölkerung mit großen Problemen. Insbesondere der Drogen- und Zigarettenhandel floriert, begünstigt durch die langen Auseinandersetzungen seit 2013 und die damit verbundene Destabilisierung des Landes. Die Ukraine galt lange als das wichtigste Transitland für Drogenhandel in die EU. 2012 machten Drogen rund 70 Prozent aller geschmuggelten Güter innerhalb der Ukraine sowie über die Grenzen des Landes hinaus aus. Ein weiteres Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der anhaltende Menschenhandel. Das Land hat sich zu einem wichtigen Transitort für Menschenschmuggel entwickelt, auch wenn es in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen diesbezüglich gab. Vor der Fußball-Europameisterschaft 2012 machten Frauenrechtsbewegungen in der Ukraine auf das Problem aufmerksam und prangerten zudem die ukrainische Sexindustrie sowie Prostitution an.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Ukraine übermittelt Angaben im Rahmen des UN-Waffenregisters zu Rüstungsimporten und -exporten. Keine Informationen gibt das Land jedoch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben an die UN weiter.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz von 2003 „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ ist die rechtliche Basis für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern und Waffen. Das Gesetz beinhaltet drei zentrale Elemente, die den Prozess bei Rüstungsexportentscheidungen leiten sollen: a) Die Anerkennung der internationalen Bemühungen bei Nichtverbreitung; b) Harmonisierung der ukrainischen Prozesse und Strukturen im Hinblick auf internationale Normen und Standards; und c) Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. In den Entscheidungsprozess einbezogen sind neben dem Präsidenten, der die

oberster Stelle einnimmt, auch der Verteidigungs- und der Außenminister, die Direktoren der Geheimdienste sowie der Direktor des größten staatlichen Rüstungsunternehmens Ukrspetseksport, das mit Exportgeschäften beauftragt ist.

In Zukunft könnte die Ukraine als Quelle illegaler Waffen Experteneinschätzungen zufolge wichtiger werden. Einem Bericht der IFATO zufolge stammen rund 90 Prozent der Waffen, mit denen derzeit in innerstaatlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten gekämpft werden, aus Russland und der Ukraine.

Desweiteren häufen sich Spekulationen über heimliche Waffenlieferungen von Russland an die prorussischen Separatisten in der Ostukraine. So sollen in Hilfslieferungen an die Bevölkerung auch Waffen und militärische Ausrüstung versteckt gewesen sein. Um zu verhindern, dass diese Waffen wieder zurück nach Russland geschmuggelt werden und es somit zu einer unkontrollierten Zirkulation von Waffen kommt, gräbt Russland seit einiger Zeit tiefe Gräben in der Grenzregion. Rund 60 Schmuggelversuche konnten dadurch bereits verhindert werden, es gab 130 Festnahmen.

Laut ukrainischen Zeitungsberichten gelangten rund 500.000 Waffen seit dem Beginn des Konflikts im Donbass im April 2014 auf den ukrainischen Schwarzmarkt, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die größten Quellen dieser Waffen waren wie bereits erwähnt sowjetische Bestände sowie Ausrüstung, die von Separatisten zurückgelassen wurde. Darüber hinaus wurden Berichte bekannt, denen zufolge Waffen, die die Ukraine nach Deutschland schickt, in den Händen von syrischen Rebellen landen könnten und dort für „verdeckte Operationen“ verwendet werden. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage der Linken im Bundestag einräumt, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik geliefert habe. Die Außenexpertin der Linken, Sevim Dagdelen, kritisiert, dass Berlin den Verdacht nicht ausräumen könne, dass diese Waffen an islamistische Gotteskrieger weitergegeben worden seien, um den Regimewechsel in Syrien zu begünstigen. Die Jamestown-Foundation, ein US-amerikanischer Think Tank, geht davon aus, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Lange Zeit waren sogar Staatsbedienstete, Militärs, Polizeiangehörige und Mitglieder des Geheimdienstes aktiv und passiv in den illegalen Waffenhandel involviert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Februar 2017)

Nachdem die ukrainische Wirtschaft 2015, nicht zuletzt infolge der fortgesetzten Kampfhandlungen im Osten des Landes, noch um 10,6% schrumpfte, war das vergangene Jahr durch Anzeichen für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 gehen aktuelle Schätzungen von einem Wachstum der Wirtschaftsleistung um 2,2% aus, wobei im letzten Quartal 2016 ein BIP-Wachstum von 4,7% erzielt wurde. Im Falle einer nachhaltigen Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine und bei Umsetzung der durch von IWF (Internationaler Währungsfonds), EU und weiteren internationalen Akteuren unterstützten wirtschaftlichen Reformpolitik sollte die Ukraine zukünftig mit kontinuierlichem Wachstum (die Prognosen für 2017 reichen von 2% bis 3%) rechnen können, auch wenn weiterhin

erhebliche Risiken bestehen (jüngst zeitweise Verschlechterung der „terms of trade“ infolge Preisrückgangs für zahlreiche Exportgüter; gegen die Ukraine gerichtete Wirtschaftsmaßnahmen Russlands; politische Unsicherheit, Korruption und mangelnde Rechtssicherheit in der Ukraine; Risiken im Bankensystem und zuletzt auch durch Blockade von Transportwegen verursachte Engpässe bei der Energie- und Rohstoffversorgung). Die Bundesregierung unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine in vielfältiger Weise, u.a. durch einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 500 Mio. Euro. Nach dem Zusammenbruch der zentralistischen Planwirtschaft Anfang der 90er Jahre wurde das ehemalige Staatsvermögen rasch privatisiert. Aus dieser Entwicklung ist eine Gruppe von 'Oligarchen' hervorgegangen, die auch heute noch auf verschiedene Weise erheblichen Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen nimmt. Gleichzeitig sind bis heute wesentliche Teile der Wirtschaft in Staatshand verblieben. Die Regierung strebt weitgehende Privatisierungen an, bisher jedoch ohne großen Erfolg. Der Osten des Landes ist das (schwer-)industrielle Zentrum der Ukraine, der Westen ist ländlich, aber zunehmend auch von Leichtindustrie geprägt. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind die metallurgische und chemische Industrie, die Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie sowie der Maschinenbau, zudem zunehmend der IT-Sektor. Die ukrainische Industrie leidet in weiten Teilen unter geringer Wettbewerbsfähigkeit aufgrund veralteter Anlagen und hohen Energieverbrauchs. Die Ukraine weist jedoch auch eine Reihe von Standortvorteilen auf: einen mit rund 45 Millionen Einwohnern relativ großen Binnenmarkt, einige hoch entwickelte Nischensektoren wie Flugzeug- und Raketenbau, die unmittelbare geographische Nähe zu den Absatzmärkten in der EU und in Osteuropa, einen hohen Nachholbedarf bei Konsum und Modernisierungsinvestitionen, sehr gute natürliche Voraussetzungen für die Landwirtschaft sowie ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau bei grundsätzlich hohem Ausbildungsstand. Die gegenwärtige ukrainische Regierung hat sich einem umfassenden Reformprogramm verschrieben, dessen Umsetzung die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft deutlich erhöhen dürfte. Zu einem erheblichen Teil basiert es auf den Vorgaben des 2014 unterzeichneten und am 01.01.2016 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommens mit der EU, das die Übernahme europäischer Standards und eine weitere Liberalisierung des Handels mit der EU vorsieht. Das ukrainische Parlament hat hierzu bereits einige weitreichende Gesetzesvorhaben beschlossen, beispielsweise zur Neugestaltung des Gasmarktes in Einklang mit EU-Wettbewerbsregeln.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/ukraine-node/wirtschaft/202742>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

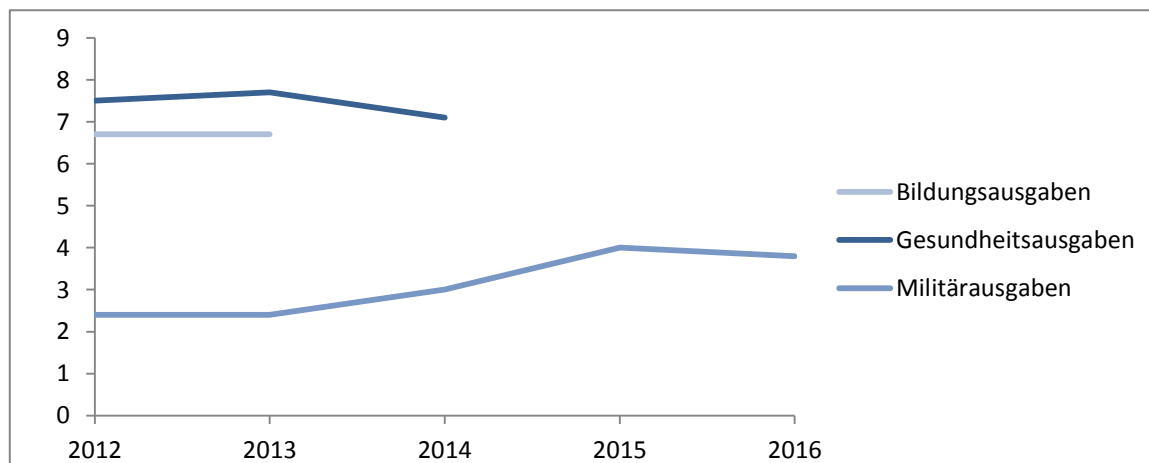
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2518	2678	3264	3617	3479
Militärausgaben/BIP	2,4	2,4	3,0	4,0	3,8
Gesundheitsausgaben/BIP	7,5	7,7	7,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	6,7	6,7	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2012	2013	2014	2015	2016
Auslandsverschuldung	136295	150210	131338	122825	116354
Anteil am BIP (in Prozent)	75,16	82,23	99,14	135,68	126,51
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	396,48	297,47	733,08	1121,95	-
Net ODA (% of GNI)*	0,25	0,18	0,63	1,26	-
Deutsche ODA Zahlungen*	75,29	59,79	122,18	372,39	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2015); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2015).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2012	2013	2014	2015	2016
Militarisierungswert	720	710	715	741	738
Index-Platzierung	20	25	23	16	16

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2012	2013	2014	2015	2016
Belarus	Militarisierungswert	573	590	766	765	761
	Index-Platzierung	85	75	12	11	12
Polen	Militarisierungswert	573	590	592	599	596
	Index-Platzierung	85	75	69	64	65
Rumänien	Militarisierungswert	665	667	669	675	676
	Index-Platzierung	37	36	34	33	30
Russland	Militarisierungswert	833	793	791	796	806
	Index-Platzierung	4	7	6	5	4
Slowakei	Militarisierungswert	538	533	534	540	541
	Index-Platzierung	99	101	98	98	95
Ungarn	Militarisierungswert	604	600	597	600	603
	Index-Platzierung	67	69	66	63	61

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2017.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Belarus	Militärausgaben (absolut)	678	726	737	724	664
	Militärausgaben/BIP	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Polen	Militärausgaben (absolut)	7775	7709	8572	10213	9791
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,8	1,9	2,2	2,0
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	1902	2047	2237	2581	2816
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5
Russland	Militärausgaben (absolut)	54832	57500	61622	66419	70345
	Militärausgaben/BIP	4,0	4,2	4,5	4,9	5,3
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	889	805	831	986	1036
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,0	1,0	1,1	1,1
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	1080	1021	1006	1131	1258
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.730	0.733	0.734	0,747	0,743

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

In den 1990er Jahren war die Wirtschaft der Ukraine vom Zerfall der Sowjetunion gezeichnet. Seit 2000 verzeichnete das Land ein stetiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 7,5 Prozent und mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen war der

Wandel zu einer robusten Marktwirtschaft zunächst gelungen, wenngleich die Gesellschaft noch immer unter der erheblichen Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen leidet. Bis heute hat sich für die Bevölkerung durch ausbleibende Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor kaum etwas zum Positiven verändert. Renten werden nicht regelmäßig ausbezahlt und dem ganzen Pensionssystem droht aufgrund einer Vielzahl von Problemen und den demographischen Veränderungen der Kollaps. Wichtige Reformen blieben auch unter anderem im Agrarsektor oder im Justiz- und Verwaltungsbereich aufgrund der innenpolitischen Instabilität sowie der durch wirtschaftliche Interessen von Einzelakteuren dominierten Politik aus. Korruption und veraltete Strukturen bilden den Rahmen, in dem in der ukrainischen Wirtschaft agiert wird.

Ein umfassendes Reformprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 zum Ziele eines verbesserten Investitionsklimas ist nur zum Teil umgesetzt worden. Insbesondere der bewaffnete Konflikt im Osten des Landes trifft die Wirtschaft. Bereits im Februar 2014 drohte der Ukraine der Staatsbankrott. Auch 2015 ging die Wirtschaftsleistung deutlich zurück. 2016 war erstmals wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum von einem Prozent zu verzeichnen. Für 2017 wird der Ukraine derzeit ein leichtes Wirtschaftswachstum von 2 Prozent des BIP prognostiziert. Der Reformdruck ist jedoch speziell im Justiz-, Verwaltungs- und Gesundheitssektor weiterhin hoch. In den ausgerufenen, aber international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk haben die Mehrzahl der Banken und Geschäfte geschlossen. Viele Staaten und Unternehmen verweigern aufgrund des Konfliktes eine Zusammenarbeit. Die selbsternannte „Volksrepublik Donezk“ strebt aufgrund des großen Exportpotenzials einen wirtschaftlichen Fokus auf die Schwerindustrie sowie den Maschinenbau an. Im Zuge der anhaltenden Gefechte hat sich die humanitäre Lage in der Ostukraine verschärft. Nach Angaben des VN-Nothilfekoordinators (OCHA) sind derzeit 3,8 Millionen Menschen in der Ukraine auf humanitäre Hilfe angewiesen. Anfang 2016 waren es noch 0,7 Millionen Menschen. Insgesamt 2,2 Millionen Personen sind akut von einem fehlenden Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen betroffen.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine ist auch der entscheidende Grund für den deutlichen Anstieg der Militärausgaben der letzten Jahre. Deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt stieg von 2,4 Prozent im Jahr 2013 auf 3,0 (2014) und 4,0 (2015) Prozent. Trotz eines leichten Rückgangs auf 3,8 Prozent 2016 besteht durchaus ein Risiko, dass die hohen Militärausgaben zu Lasten anderer Bereiche, etwa bei der Bildung oder der Gesundheit, gehen.